Kurz nachdem die Wohnungen im Besitz der Stadt Dresden 2006 privatisiert worden waren und bei der Gagfah landeten, hatte ich ein Telefongespräch mit einem SPD-Wohnungspolitiker, den ich früher sehr schätzte und deshalb auf die Privatisierung der großen Wohnungsbestände Dresdens und ähnlich gelagerter Fälle ansprach. Er fand – für mich überraschend – den Verkauf der städtischen Wohnungen richtig, unter anderem weil Unternehmen wie die Gagfah bessere Konditionen bei der Finanzierung auf den Weltfinanzmärkten herausschlagen könnten als die öffentliche Hand. Ich staunte über dieses Argument. Außerdem musste jeder Kundige wissen, dass die neuen privaten Investoren ihre Rentabilität vor allem auf dem Rücken der Mieter erreichen. – Jetzt erreichte uns der Bericht einer Mieterin der Gagfah Group. Er ist anschaulich und typisch für ähnlich gelagerte Fälle. Deshalb geben wir ihn wieder. **Albrecht Müller**.

Zum Thema Hedgefondmanager, die Milliarden-Verdiener

Das Unternehmen Gagfah Group – ein Hedgefond-Unternehmen – war bis August 2013 mein Vermieter.

Bereits seit 2007 stritt ich mich über meine Rechtsanwältin bzgl. Nebenkostenabrechnungen.

Zuerst wurden falsche Grundmieten zugrunde gelegt, danach wurden mir trotz Guthaben die Vorauszahlungen zu den Nebenkosten unrechtmäßig erhöht.

Nachdem meine Rechtsanwältin auf ihre Briefe jahrelang nichts von der Gegenseite hörte und mir weiterhin Mahnungen und falsche Abrechnungen serviert wurden, konnte endlich im Januar 2012 beim Amtsgericht Erlangen die Streitsache beendet werden.

Die Klage der Gagfah auf NK-Nachzahlungen wurde abgewiesen und ein Abschlussurteil erlassen.

Zum August 2013 löste ich den Mietvertrag mit der Gagfah.

Die Wohnung wurde ohne Beanstandungen seitens des Vermieters abgenommen.

Trotzdem wollte man mir die Kaution in Höhe von 1.300 € nicht zurückzahlen.

Begründung: Ich hätte Mietschulden, die durch offene Nebenkosten noch vorhanden wären.

Der Hinweis meiner RA, dass ich aufgrund des Urteils des Amtsgerichtes keine Mietschulden hätte, wurde einfach ignoriert.

Erst durch ein Zwangsvollstreckungsverfahren (mit Taschenpfändung und Haftbefehl!) des Amtsgerichtes Erlangen kam ich zu meinem Geld.

Bis dahin waren schon wieder 9 Monate vergangen.

Die Geschichte zeigt, dass ich mich sage und schreibe **7 Jahre** lang mit diesem – an der Börse notierten Unternehmen! – streiten musste, um zu meinem Recht und zu meinem Geld zu kommen.

Ohne die Unterstützung meiner RA und der Rechtsschutzversicherung, die die Kosten für diesen Marathon übernahm, hätte ich wahrscheinlich irgendwann aufgegeben, zumal ich als berufstätige Alleinerziehende kaum Zeit und Nerven gehabt hätte, das so lange durchzustehen.

Und genau darauf hat man bei der Gagfah wohl spekuliert: Zeit schinden und zermürben, damit die Aktionäre bei der nächsten Gewinnausschüttung zufrieden gestellt werden können und man selber die Millionen scheffeln kann.

Nebenbei bemerkt: In den Wohnungen der Gagfah hier in meiner Stadt leben vermehrt Ausländer.

Ich möchte nicht wissen, wie mit diesen umgegangen wird. Zumal man davon ausgehen muss, dass sich diese Menschen keine teuren Rechtsschutzversicherungen leisten können und auch ansonsten kaum Wissen über ihre Rechte in diesem Land haben.

Pfui Teufel kann ich dazu nur sagen.

Viele Grüße
M. G.

P.S.: Sie können sich auch mal diesen Link durchlesen – er wurde vor kurzem auf finanzen.net veröffentlicht: ANALYSE: Berenberg hebt Ziel für Gagfah auf 14 Euro – ‘Buy’.